S 6 P 65/97

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Bayern

Sozialgericht Bayerisches Landessozialgericht

Sachgebiet Pflegeversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 6 P 65/97 Datum 27.01.1999

2. Instanz

Aktenzeichen L 7 P 21/99 Datum 22.05.2001

3. Instanz

Datum -

- I. Die Berufung des Kl \tilde{A} xgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Bayreuth vom 27.01.1999 wird zur \tilde{A} xckgewiesen.
- II. Au̸ergerichtliche Kosten sind nicht zu erstatten.
- III. Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand:

Der KlĤger erstrebt Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung nach der Pflegestufe I.

Am 06.02.1995 beantragte der am â | 1935 geborene Klà xger bei der Beklagten Leistungen nach der Pflegestufe III. Der daraufhin im Auftrag der Beklagten durch den MDK ermittelte Pflegebedarf, dem ein Zustand nach Apoplex mit Rest-Hemiparese links zugrunde liege, wurde im Bereich der Grundpflege im Sinne der Bestimmungen des SGB XI beschrieben als Hilfebedarf beim Duschen, beim Fleisch schneiden und beim Anziehen der Schuhe; er betrage pro Tag insgesamt elf Minuten. Die Greiffunktion links sei eingeschr xankt, der Kl xager k nne aber ohne Hilfsmittel in der Wohnung gehen, er k nne sich auch ohne Hilfe an- und ausziehen, lasse sich dabei aber von seiner Frau helfen, weil es ihm sonst zu lange

dauere. Auf die Ankündigung der Beklagten, den Antrag abzulehnen, verwies der Kläger darauf, dass er einen GdB von 100 v.H. habe und dass er berentet sei; die darin zum Ausdruck kommende Reduzierung seiner Leistungsfähigkeit mÃ⅓sse auch ausreichen zur Bewilligung von Pflegegeld.

Die erneute Ã\[Berpr\tilde{A}\]\deptroprice den MDK f\tilde{A}\]\deptroprice hetwa 26 Minuten betrage. Der Unterschied gegen\tilde{A}\]\deptroprice der Erstbegutachtung liegt in dem Umstand, dass die nun befassten Sachverst\tilde{A}\]\mathrace ndigen f\tilde{A}\]\deptroprice die im Vorgutachten aufgef\tilde{A}\]\deptroprice hetwas andere Minutenwerte angegeben haben, und dass sie nun zus\tilde{A}\]\mathrace tzlich die Notwendigkeit des einmaligen Leerens der Urinflasche ber\tilde{A}\]\deptroprice keichtigt haben. Daraufhin lehnte die Beklagte den Antrag des Kl\tilde{A}\]\mathrace gers mit Bescheid vom 04.07.1996 ab. Zur Begr\tilde{A}\]\deptroprice an einem Zustand nach sensomotorischer Hemiparese links nach Thalamusblutung 1986, arterieller Hypertonie, Hyperurik\tilde{A}\]\mathrace mie und cerebrovaskul\tilde{A}\]\mathrace rensum Insuffizienz mit Schwindel, Konzentrationsschw\tilde{A}\]\mathrace die Beklagte den Widerspruch zur\tilde{A}\]\deck.

Im Klageverfahren erstattete die \tilde{A} rztin Dr. H \hat{a} aufgrund der Feststellungen anl \tilde{A} m \tilde{A} lich eines Hausbesuchs am 17.01.1998 das Gutachten vom 11.02.1998. Darin ist im Bereich der Grundpflege im Sinne der Bestimmungen des SGB XI Hilfebedarf bei Duschen, Baden, Blasenentleerung, mundgerechter Zubereitung der Nahrung, An- und Auskleiden und Stehen aufgef \tilde{A} 1/4hrt; insgesamt belaufe sich der Hilfebedarf insoweit auf 36 Minuten. F \tilde{A} 1/4r die Einzelheiten der gutachterlichen Feststellungen wird insoweit auf die im Tatbestand des Ersturteils enthaltene Wiedergabe Bezug genommen. Zu den von der Klagepartei gegen dieses Gutachten vorgebrachten Einwendungen h \tilde{A} 1/4rte das Erstgericht die Sachverst \tilde{A} 2/2 mndige erneut. Dabei bekr \tilde{A} 2/2 figte diese \tilde{A} 1/2 rztin ihre bisherige Einsch \tilde{A} 2/2 tzung.

Mit Urteil vom 27.01.1999 wies das Sozialgericht die nur noch auf Pflegestufe I gerichteten Klageantr \tilde{A} ¤ge zur \tilde{A} ½ck.

Hiergegen wendet sich der Klä¤ger mit seiner Berufung. Zur Begrã¼ndung fã¼hrt er unter Angabe von Einzelheiten aus, der Hilfebedarf sei weit umfangreicher als im Gutachten der Frau Dr. H â□| beschrieben. Der Senat hat zur erneuten Ã□berprã¼fung der Anspruchsvoraussetzungen den Arzt fã¼r Allgemeinmedizin, Rehabilitatiosnwesen und Sozialmedizin Dr. Z â□| mit der Erstellung eines Gutachtens beauftragt. Dieser kommt in seinem Gutachten vom 31.10.1999 zu dem Ergebnis, der Hilfebedarf im Bereich der Grundpflege im Sinne der Bestimmungen des SGB XI belaufe sich auf insgesamt 34 Minuten täglich; es handle sich dabei um Hilfebedarf beim Waschen oder an dessen Stelle beim Duschen bzw. einmal pro Woche beim Baden, hinzukomme Hilfe bei der Blasen- und Darmentleerung, auÃ□erdem sei Hilfe erforderlich beim Rasieren, bei der mundgerechten Zubereitung der Ernährung sowie beim Ankleiden und Auskleiden. Hilfebedarf bestehe nicht beim selbständigen Aufstehen und beim selbständigen Zubettgehen, beim Gehen und Stehen einschlieÃ□lich Treppenstiegen oder beim Verlassen oder Wiederaufsuchen der Wohnung. Daraufhin hat der Senat auf Antrag

des KlĤgers ein Gutachten des Arztes für Neurologie Dr. K â□¦ eingeholt. Dieser Arzt hat zunächst erklärt, dass er den Kläger nicht zuhause aufsuchen, sondern nur in seiner Praxis untersuchen und begutachten könne. Nachdem den Beteiligten Gelegenheit geben worden ist, hierzu Stellung zu nehmen, hat der Sachverständige auf diesem Wege das Gutachten vom 06.10.2000 erstellt. Nach ausführlicher Untersuchung des Klägers hat dieser Arzt sodann im wesentlichen die Feststellungen im Gutachten des Dr. Z â□¦ bestätigt; allerdings würden die Inkontinenzprobleme einen höheren als von Dr. Z â□¦ bei der Körperpflege angesetzten Hilfebedarf begründen; dieser belaufe sich im Bereich der Grundpflege im Sinne der Bestimmungen des SGB XI insgesamt auf 40 Minuten pro Tag.

Der KlĤger beantragt,

die Beklagte unter Aufhebung des Ersturteils und der zugrundeliegenden Bescheide der Beklagten ab Antragstellung Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung nach der Pflegestufe I zu gewĤhren.

Demgegenýber beantragt die Beklagte,

die Berufung zurÄ1/4ckzuweisen.

Zur Ergänzung des Tatbestandes wird auf Tatbestand und Entscheidungsgründe des angefochtenen Urteils und die darin angeführten Beweismittel Bezug genommen.

Entscheidungsgründe:

Die zulĤssige Berufung ist nicht begründet. Das angefochtene Urteil und die zugrundeliegenden Bescheide der Beklagten sind nicht zu beanstanden. Dem KlĤger stehen Leistungen aus der gesetzlichen Pflegeversicherung nicht zu. Denn der nach den Bestimmungen des SGB XI berücksichtigungsfähige Hilfebedarf im Bereich der Grundpflege erreicht nicht den von § 15 Abs. 3 Nr. 1 SGB XI fþr die Pflegestufe I im Tagesdurchschnitt geforderten zeitlichen Umfang von mehr als 45 Minuten. Nach § 14 Abs. 4 Nrn. 1 bis 3 SGB XI ist in diesem Zusammenhang im Bereich der Grundpflege allein maÃ□gebend, ob und in welchem Umfang Hilfebedarf bei folgenden gewöhnlichen und regelmäÃ□ig wiederkehrenden Verrichtungen des täglichen Lebens besteht: â□□ im Bereich der Körperpflege: Waschen, Duschen, Baden, Zahn pflege, Kämmen, Rasieren, Darm- und Blasenentleerung; â□□ im Bereich der Ernährung: Mundgerechtes Zubereiten der Nah rung, Aufnahme der Nahrung; â□□ im Bereich der Mobilität: Aufstehen und Zu-Bett-Gehen, An- und Auskleiden, Gehen, Stehen, Treppensteigen, Verlassen und Wiederaufsuchen der Wohnung.

We shalb in diesem Sinne ausreichender Hilfebedarf hier nicht erreicht wird, dies hat das Erstgericht bereits ausf \tilde{A}^{1}_{4} hrlich und schl \tilde{A}^{1}_{4} ssig begr \tilde{A}^{1}_{4} ndet, sodass insoweit auf die Entscheidungsgr \tilde{A}^{1}_{4} nde des angefochtenen Urteils Bezug genommen werden kann. Dar \tilde{A}^{1}_{4} berhinaus haben die vom Senat im Zuge des

Berufungsverfahrens angestellten Ermittlungen dieses Ergebnis ohne jeden Zweifel bestĤtigt; weder das Gutachten des Dr. Z \hat{a}_{\parallel} noch das auf Antrag des KlĤgers eingeholte Gutachten des Dr. K \hat{a}_{\parallel} haben Anhaltspunkte dafļr ergeben, dass beim KlĤger derzeit im Bereich der Grundpflege im Sinne des \hat{A} 1 des \hat{A} 1 bis 3 SGB XI Hilfebedarf von \hat{A} 4 Minuten im Tagesdurchschnitt bestehe.

Nicht zuletzt ist noch darauf hinzuweisen, dass ein hoher GdB im Sinne des SchwbG oder das Vorliegen der Voraussetzungen eines Anspruchs auf eine Rente wegen verminderter ErwerbsfĤhigkeit nach den Vorschriften des SGB VI keine Rýckschlýsse auf eine Berechtigung auf Pflegegeld nach den Bestimmungen des SGB XI zulassen, denn die Voraussetzungen des Pflegegeldes sind von den Voraussetzungen anderer Sozialleistungen grundlegend verschieden.

Die Entscheidung $\tilde{A}^{1/4}$ ber die Kosten ergeht im Rahmen der $\frac{\hat{A}\S\hat{A}\S}{193}$, 202 SGG, 91 ff. ZPO. Ein Grund $f\tilde{A}^{1/4}$ r die Zulassung der Revision besteht nicht.

Erstellt am: 03.10.2003

Zuletzt verändert am: 22.12.2024